

Antworten der BayernSPD auf das Positionspapier „Inklusives Bildungssystem in Bayern umsetzen“ der LAG Bayern Gemeinsam Leben – Gemeinsam Lernen e.V. zur Landtagswahl am 14. Oktober 2018

Zu den 4 Positionspunkten die SPD-Standpunkte

Bessere personelle Ausstattung in Regelschulen:

Dieser Positionierung ist grundsätzlich zuzustimmen. Die SPD fordert, dass grundsätzlich keine Klasse über 25 Schüler*innen haben darf und die Klassen durch eine Mehrfachzählung immer dann verkleinert werden müssen, wenn Schüler*innen mit erhöhtem Förderbedarf dabei sind. Richtig ist auch, dass die Schulen vor Ort selbst entscheiden sollen, welchen Unterstützungsbedarf sie haben und welche unterstützende Professionen dafür am geeignetsten sind. Dazu wird ein schnell zugänglicher Unterstützerpool aus multiprofessionellen Teams in jedem Landkreis und in jeder Stadt bereitgestellt. Damit bekommen Kinder und Jugendliche an jeder Schule das, was sie auch tatsächlich brauchen, um ihren individuell größtmöglichen Lernerfolg zu erzielen. Das bedeutet: Das Lernumfeld, der Unterricht und auch die Assistenz für den einzelnen müssen überall darauf ausgerichtet sein, jeden nach seinen Fähigkeiten zu fördern. Das setzt ein ganzes Bündel an Maßnahmen voraus, die unsere Schulen verändern werden.

Inklusion von Kindern mit Förderbedarf ist gemeinsame Aufgabe aller Verantwortlichen im Schulbetrieb der allgemeinen Schulen:

So steht es auch im Art. 2 des BayEUG. Nur von der Umsetzung sind wir noch Meilen entfernt. Zu allererst muss sich die Haltung verändern: Ein „Du gehörst nicht an diese Schule“ verbietet sich. Schule muss die Voraussetzungen dafür schaffen, dass optimale, individuelle Förderung möglich ist. Dazu müssen sich die Pädagogik/Didaktik, die Personalausstattung und die Schulhäuser ändern. Die über einhunderttausend Lehrkräfte im System können nur durch gezielte Fortbildungsangebote an die Inklusion herangeführt werden. Auch hier gilt: Nicht für alle das Gleiche! Die Vorkenntnisse und Vorerfahrungen sind sehr unterschiedlich, v.a. auch die Bereitschaft, sich darauf einzulassen. Wichtig ist, dass die Fortbildungen schnell und möglichst vor Ort angeboten werden. Dazu müssen Referenten*innen ausgebildet und Fortbildungsbudgets in ausreichender Höhe geschaffen werden. Die Sonderpädagogik kann hier helfen, die Fortbildungen müssen aber breiter aufgestellt sein. An den Universitäten brauchen wir dringend Lehrstühle für Inklusion. Das ist mehr als für Sonderpädagogik. Nur so können alle Lehramtsstudierende ausreichenden Grundlagen für ihren späteren Dienst an inklusiven Schulen bekommen.

Konzepte für inklusive Schulen sind da und werden bereits lange erfolgreich umgesetzt

In anderen Bundesländern und europäischen Ländern trifft das sicherlich zu. Bayern hat eine lange ausgeprägte Tradition im gegliederten Schulwesen. Dazu gehört auch, Kinder und Jugendliche mit besonderen Förderbedarfen hauptsächlich in Förderschulen zu stecken. Die einzige Schule für alle in Bayern, die Grundschule, stößt spätestens in den dritten und vierten Klassen aufgrund des großen Übertrittsdrucks an ihre inklusiven Grenzen. Deshalb müssen auch diese Barrieren abgebaut werden. Das gilt auch für den Zugang in weiterführende Schulen. Die SPD hat als einzige Fraktion im Bayerischen Landtag ein ausführliches pädagogisches Konzept für eine bayerische Gemeinschaftsschule mit Schulexperten aus ganz Deutschland erarbeitet. Es liegt fertig in der Schublade und kann am 15. Oktober an den Start gehen. Allein die CSU-Fraktion mit ihrer absoluten Mehrheit blockiert die von Eltern und Kommunen gewünschten Modellschulen.

Inklusive Schulen unterrichten nicht Fächer, sondern Kinder

Das wird zweifellos die größte Herausforderung werden. Derzeit müssen sich Lehramtsstudierende ab dem ersten Semester auf eine bestimmte Schulart und bestimmter Fächer festlegen. Das muss schnellstmöglich geändert werden. Junge Menschen nach dem Abitur müssen sich dafür entscheiden, Lehrer*in werden zu wollen. Im Laufe des Studiums, aufgeteilt in Bachelor und Master, legen die Studierenden dann ihre Schwerpunkte fest, und dies alles in fester Verzahnung mit der Schulpraxis. Nur so weiten wir den Blick der künftigen Lehrkräfte, zuerst das Kind und dann das Fach zu sehen. Dass dazu auch andere Lehr- und Lernmethoden gehören ist selbstredend. Das gilt auch für eine völlig andere Art der Leistungsmessung. Der Verzicht auf die Notenfixierung und das Einbeziehen der gesamten Persönlichkeit des Einzelnen sind Grundvoraussetzung, die Entwicklungsschritte adäquat beurteilen zu können. Mehr Projektarbeit ermöglicht exemplarisches Lernen und schafft die Möglichkeit, dass die Schüler*innen sich in für sie wichtige Themen intensiv einarbeiten können. All das ist Gegenstand des pädagogischen Konzepts der Gemeinschaftsschule, von der CSU als Einheitsbrei diffamiert.

Für die SPD ist bei alledem zudem wichtig: Reformen müssen durchdacht, mit den Beteiligten ausführlich diskutiert und auf ihre Tauglichkeit in der Praxis untersucht werden. Vorschnelle und übereilte Lösungen schaden dem existierenden Fachwissen und führen zur Demotivierung der Pädagogen*innen. Genau hier liegt der Anspruch der SPD nicht nur hinsichtlich der Inklusion, sondern bezogen auf Bildung generell – Präzision und Nachhaltigkeit. In der Vergangenheit scheiterten Schulreformen oft daran, dass keine realistische Finanzierung vorlag. Um das Konzept Inklusion und die geplanten Änderungen nachhaltig umsetzen zu können, muss eine stabile und realistische Finanzierung bereitgestellt und auch in Zukunft gesichert werden. Nur so können wir die Chance nutzen, alte Strukturen abzuschaffen und richtungsweisende neue aufzubauen.